ENERGIEPREISE

Mieterbund: Die Sorge vor hohen Nebenkosten wächst

Die Mieten im Kreis gehören ohnehin zu den höchsten der Republik. Jetzt kommen noch explodierende Gas- und Strompreise hinzu. Der Mieterbund für Stadt und Kreis Ludwigsburg verzeichnet deshalb einen deutlich wachsenden Beratungsbedarf seiner Klientel.

Viele Mieter sind beunruhigt, wenn sie an ihre Heizkosten im nächsten Winter denken. Foto: Christin Klose/dpa

KREIS LUDWIGSBURG

VON STEFFEN PROSS

„Viele Mieter sind beunruhigt", sagt Dr. Eckart Bohn. Der frühere Ludwigsburger Stadt- und Kreisrat ist Kreisvorsitzender des Deutschen Mieterbundes (DMB), eines bundesweiten Dachverbandes, dessen Ludwigsburger Ableger einer von bundesweit gut 300 Ortsvereinen ist. Ein Schwerpunkt der Vereinstätigkeit: die kostenlose mietrechtliche Beratung von 1,25 Millionen Haushalten, die DMB-Mitglieder sind. Bohn berichtet von einer wachsenden Nachfrage bei den sechs Beratungsstellen im Landkreis, die sich auch an steigenden Mitgliederzahlen im ersten Halbjahr ablesen lasse. Es ist, wenig überraschend, vor allem die erwartete Explosion der Mietnebenkosten, die bei vielen Mietern Sorgen auslöst.

„Robert Habecks Gasumlage ist unbillig!"

Eckart Bohn
Mieterbund

Denn noch, sagt Bohn, wüssten ja die wenigsten, wie die erwarteten Mehrkosten für sie konkret ausfallen. Sofern bereits Abrechnungen vorlägen, rate der DMB seinen Mitgliedern: „Lasst eure Abrechnung darauf prüfen, ob sie rechtlich in Ordnung ist." Höhere Abschläge dürften Vermieter nur fordern, wenn sie rechtzeitig angekündigt wurden – und sie müssten in ihrer Höhe „zwingend belegt" sein. Das heißt konkret: durch eine nachgewiesene Preiserhöhung der Energielieferanten der Vermieter, die diese nur dann weitergeben können.

Ein weitere Fragen, die viele Mieter umtreibt: Kann mein Vermieter mich im Winter dazu zwingen, die Raumtemperaturen in meiner Wohnung senken? „Nicht ohne eine entsprechende Verordnung", sagt Bohn – und die gebe es zumindest noch nicht, auch wenn Wirtschaftsminister Robert Habeck immer wieder öffentlich mit diesem Gedanken liebäugelt. Der Grünen-Politiker wolle damit „offenbar die politische Landschaft sondieren", kommentiert dies der Sozialdemokrat Bohn. Einstweilen müssten Vermieter jedenfalls weiter zwischen 6 und 23 Uhr eine Mindesttemperatur von 20 bis 22 Grad gewährleisten, sonst liegt nach der Rechtsauffassung des Mieterbundes ein Wohnungsmangel vor, der Mieter zur Kürzung ihrer Miete berechtigen würde. Umgekehrt können Mieter seit 1. September von ihren Vermietern aber nicht mehr auf eine Mindesttemperatur in ihrer Wohnung verpflichtet werden. Sie müssen jetzt nur noch „durch angemessenes Heiz- und Lüftungsverhalten Schäden an der Mietsache" vorbeugen. Das hat Habeck per Verordnung geregelt. Deutlich kritisiert Bohn dessen Gasumlage – die höheren Beschaffungskosten der Konzerne nun den Verbrauchern aufzubürden, sei „unbillig", sagt er: „Wenn schon Umlage, dann sollen das die Energiekonzerne unter sich regeln!"

Das wichtigste Thema aber ist aus Bohns Sicht, dass Mietern, die ihre deutliche höheren Nebenkosten nicht mehr zahlen können, deswegen keine Kündigung ins Haus flattern dürfe. Er erinnert an die Coronaregelungen von 2020. Damals war Mietern ein zweijähriger Zahlungsaufschub für pandemiebedingte Mietrückstände eingeräumt worden. „Das hat dafür gesorgt, dass es zumindest bei uns im Kreis keine Verwerfungen gegeben hat", sagt Bohn. Eine vergleichbare Regelung müsse jetzt wieder her.

ENERGIEPREISE

Das fordert der Mieterbund

Angesichts der explodierenden Energiepreise fordert der Deutsche Mieterbund unter anderem ein befristetes Kündigungsmoratorium für säumige Mieter. Niemand dürfe gekündigt werden, weil er wegen stark gestiegener Heizkosten seine Nebenkostenabrechnung oder hohe Preisanpassungen nicht fristgerecht innerhalb der üblichen 30 Tage bezahlen kann. Zudem will der Mieterbund eine Deckelung der Gaspreise, die Gasumlage soll entfallen, die CO_2-Umlage ausgesetzt werden. Notwendig seien weiter eine Reform des Wohngeldes und eine wirksamere Mietpreisbremse. (pro)

MIETERBUND LB

3

Anwälte und eine Anwältin beraten die rund 6500 Mitglieder des Mieterbundes Stadt und Kreis Ludwigsburg bei Bedarf in mietrechtlichen Fragen. Neben seinem Hauptsitz in der Asperger Straße in Ludwigsburg unterhält der Verein auch Beratungsstellen in Bietigheim-Bissingen, Ditzingen, Kornwestheim, Marbach und Vaihingen. Eine Terminvereinbarung ist erforderlich unter Telefon (0 71 41) 92 80 71. Telefonische Beratungen sind ebenfalls möglich. (red)